
GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK – MACHBARE UTOPIEN?

Besprechung von F. Beckenbach,
J. Müller, R. Pfriem, E. Stratmann,
Grüne Wirtschaftspolitik – machbare
Utopien? Mit einem Vorwort von Otto
Schily, Köln, Kiepenheuer & Witsch
1985, 364 Seiten, DM 16,80.

In seinem Vorwort stellt Otto Schily – eines der herausragenden Bundestagsmitglieder der GRÜNEN – fest, daß ein „schlüssiges Gesamtkonzept, in das sich die einzelnen Vorschläge einfügen, bislang auch nicht in Umrissen erkennbar geworden (ist)“ (10). Recht viel mehr als die ziemlich allgemeine Bekundung, „daß die bisher üblichen Indikatoren als Wertmaßstab für wirtschaftlichen Wohlstand untauglich sind, daß insbesondere die Vermehrung des Bruttosozialproduktes, daß quantitatives Wachstum keineswegs gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Wohlergehen sind, weil die ökologischen und sozialen Kosten aus der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ausgeklammert werden“ (ebd.) waren bisher nicht zu hören, wenn man von einzelnen Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundestag einmal absieht. Der vorliegende Band soll diese Lücke zu schließen mithelfen, weil sich – noch einmal Otto Schily – grüne Wirtschaftspolitik „auch durch die Praktikabilität der wirtschaftspolitischen Ideen beweisen (muß)“ (ebd.). Die vorgelegten Resultate sind, was ihre inhaltliche Konsistenz und ihre übergreifende Stringenz anbelangt, durchaus unterschiedlich ausgefallen.

Eberhardt Schmidt sucht und zeigt in der Auseinandersetzung mit dem

DGB Ansatzpunkte für eine Neuorientierung *gewerkschaftlichen Handelns*, die mehr als marktwirtschaftliche Anpassung an Umweltschutz beinhalten und schlägt Korrekturen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Arbeitsförderungsgesetzes im Blick auf (ökologische) Arbeitsplatzgestaltung, alternative Fertigung und Betriebsübernahmen vor. Dabei weist seine sog. „produktionsbezogene Ökologiekompaktik“ in eine dezidiert andere Richtung als etwa gewerkschaftliche Programme für Arbeit und Umwelt; das Heil sei nicht in einer Beschleunigung des „qualitativen Wachstums“ zu suchen. Bei derartigen Konzeptionen „bleibt für die Betriebs- und Personalräte nur die Aufgabe der Fort- und Weiterbildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes und die daraus abgeleitete Frühkoordination zwischen gewerkschaftlicher und betrieblicher Vertretungsebene“ (122 f.). In der von Schmidt vorgeschlagenen Strategie geht es demgegenüber „um Konturen einer Politik . . ., die bei dem ansetzt, was sich an der gewerkschaftlichen Basis, im Betrieb und in der politischen Öffentlichkeit, bei den Bürgerinitiativen, tatsächlich bewegt und bewegen ließe“ (123).

Frank Beckenbach fordert und entwickelt auf dem Boden einer Kritik des CDU-/FDP-Bundeshaushalts Leitbilder einer basisdemokratischen, sozialen und ökologischen Haushaltspolitik, die die Ausgaben nach den Schwerpunkten Entgiftung und Armutsbekämpfung (je 15 Mrd. DM) umgruppieren und den Gemeinden und Bürgern mehr Einfluß einräumen will. Das relativ geringe Volumen der Programme erklärt sich aus der Ablehnung der Staatsverschuldung durch die GRÜNEN.

Vor diesem Hintergrund diskutiert Michaela Schreyer die Frage steuerpolitischer Gerechtigkeit, um dann Alternativen vorzuschlagen, die sich vier Ziele setzen: sozialer Ausgleich statt Umverteilung, Förderung der Familie statt patriarchalischer Ehe, steuerliche

Subventionierung des Umweltschutzes statt Erhaltung der Kapitalsubstanz und finanzielle Stärkung der Gemeinden statt der Finanzallmacht des Bundes.

Der sozialpolitische Experte der GRÜNEN Michael Opielka, kritisiert schließlich die Anbindung der Sozialleistungen an das Arbeitsverhältnis und fordert eine Umverteilung von Arbeit und Einkommen: „Eine 20-Stunden-Normalerwerbswoche ohne Lohnausgleich muß mit einem garantierten Grundeinkommen von DM 1000,- für jeden ... verknüpft werden“ (210). Ausführlich stellt er „Kriterien einer Grundeinkommenssicherung“ (212 ff.) und „erste Schritte zur Umverteilung der Einkommen“ (219 ff.) vor. Bei all diesen Maßnahmen geht es vor allem um drei Punkte: „Zum einen muß die Erwerbsarbeit in Richtung auf eine Dezentralisierung und Ökologisierung der Produktion qualitativ umverteilt werden. Zweitens müssen die Verfügungsrechte über die Produktion umverteilt werden. – Um drittens in eine Umverteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern einzusteigen, müssen ... wirksame Unterstützungen für die Männer gegeben werden, die sich gleichwertig an Kindererziehung und Hausarbeit beteiligen wollen“ (218). Konsequentermaßen ist insofern die Forderung, ein garantiertes Grundeinkommen „an jede und jeden“ zu zahlen, „unabhängig davon, in welchen sozialen Bezügen sie/er lebt“ (213). Für Kinder gibt es ein reduziertes Mindesteinkommen.

Kontrovers dazu nimmt Helmuth Wiesenenthal mit seiner an Lebensphasen gebundenen Vorstellung über eine „bedarfsorientierte Arbeitszeit“ Stellung. Ein „Recht auf Weniger-Arbeit“ soll eine soziale Garantie eines Vollzeit Arbeitsplatzes für jeden ermöglichen. Der sehr differenzierte Artikel stellt sich den Problemen einer Arbeitszeitverkürzung in einer Weise, die – was das theoretische Niveau angeht – beispielgebend für die anderen

Beiträge hätte sein können.

Zur Regionalpolitik und zur Lage der Landwirtschaft legen Alfred Tacke und Hugo Gödde Beiträge vor.

Auf der Ebene der übergeordneten, gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen, die, am Anfang des Buches abgedruckt, den Rahmen für diese Beiträge bilden (sollen?), verliert sich die Konkretetheit allerdings. Vorherrschend ist eine Industrialismuskritik, die – im großen und ganzen – die Ursachen und Hintergründe der derzeitigen Lage zu benennen nicht imstande ist.

Christian Leipert nimmt nicht nur Abschied vom Wachstum überhaupt, er verabschiedet sich auch gleich von der abendländischen Kultur: „Unsere überkommene Gesellschaftsformation – der Industrialismus – ist kalt und gefühllos. Dies ist eine radikale Anklage der Alternativ-, Gesundheits- und Frauenbewegung gegen den einseitig rationalen, rechenhaften, förmlichen, egoistischen, kopflastigen und körperfeindlichen Wirtschaftsgeist der abendländischen Kultur“ (43) – auf ins Morgenland! Wie, wenn nicht durch vermehrten Denk- und somit Kopfeinsatz, Rüstungs-, Ökologie- und sonstige Probleme bezwungen werden sollen, ist mir nicht einsichtig. Leipert fällt mit derartigen „Erkenntnissen“ – so wie große Teile der Alternativbewegung – auf den Scheinrationalismus der bürgerlichen Ökonomie herein.

Reinhard Pfriem setzt gegenüber der unüberschaubaren Komplexität modernen Wirtschaftens auf neue Informationssysteme, kommunale Komitees und eine ökologische Unternehmensverfassung: „Es kann jedoch nur zu noch schlechterer Versorgung führen, wenn man versucht, die unternehmerische Tätigkeit und Initiative zu unterdrücken, wie das in den sozialistischen Ländern ... praktiziert wurde bzw. wird“ (65). Was hier benannt wird, nämlich das (zunächst) vorgebliche Erfordernis eines Marktmechanismus, mündet sehr schnell in Denk-

und Ideologiekkanäle konservativer Wirtschaftstheoretiker bzw. -politiker. Letztendlich hängt ja die „Vernünftigkeit unternehmerischen Handelns“ immer vom – inzwischen fast vollständig – vorgegebenen Umfeld ab, oder anders: Die einzelnen Unternehmen tun letztlich das, was ihnen durch wirtschaftspolitische Anreize und Auflagen ermöglicht wird – wenn man einmal von transnationalen Konzernen oder einigen wenigen oligopolistischen Unternehmen absieht: Die Frage reduziert sich somit auf das Problem *politischer* Durchsetzung. Auch wenn man kein Vertreter einer „Sachzwang“-orientierten Linie ist, muß allerdings die emphatische These von Pfriem, wonach es „nämlich kein

grundsätzliches Hindernis (gibt), es ganz anders zu machen“ (69) als bisher, in Zweifel gezogen werden. Das belegen nicht zuletzt die den einzelnen wirtschaftspolitischen Problemen gewidmeten Beiträge dieses Bandes.

Trotzdem – das Buch bietet, zumal dort, wo sich die Autoren konkreten wirtschaftspolitischen Problembereichen widmen, eine wirklich lesenswerte Einführung in die Grundlagen „Grüner Wirtschaftspolitik“ und ist deshalb zur Lektüre gerade jenen zu empfehlen, die vor lauter *Sachzwängen* das eigentliche Ziel jeglichen Wirtschaftens – die Befriedigung *menschlicher* Bedürfnisse – allzu schnell vergessen.

Alfred Noll